



Niederschrift

52. Plenarsitzung des Gemeinderates
18. Juli 2023, 15:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus am Marktplatz
Vorsitzender: Oberbürgermeister Dr. Frank Mentrup

25.

Punkt 23 der Tagesordnung: Teileinziehung Passagehof zur Nutzung als Fußgängerbereich Vorlage: 2023/0518

Beschluss:

1. Der Gemeinderat beschließt die (Teil-)Einziehung der in Anlage 1 dargestellten Teilfläche des Passagehofes und Umwidmung der Fläche als beschränkt öffentlicher Weg zur Nutzung als Fußgängerbereich. Die innerhalb der Einwendungsfrist eingegangenen Einwendungen werden abgewogen.
2. Der Gemeinderat erklärt sein Einvernehmen mit der Ausweisung des Passagehofes als Fußgängerzone gemäß Zeichen 242.1 Straßenverkehrsordnung (StVO) mit Zusatzzeichen 1020–1030 „Anlieger frei“ sowie Zusatzzeichen 1026-35 „Lieferverkehr frei“ und 1042-31 „werktags 8 bis 11 h“

Abstimmungsergebnis:

Mündlicher Änderungsantrag AfD: Bei 19 Ja-Stimmen und 26 Nein-Stimmen mehrheitlich abgelehnt

Beschlussvorlage Ziffer 1: Bei 45 Ja-Stimmen einstimmig zugestimmt

Beschlussvorlage Ziffer 2: Bei 26 Ja-Stimmen und 18 Nein-Stimmen mehrheitlich zugestimmt

Der Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 23 zur Behandlung auf und verweist auf die erfolgte Vorberatung im Hauptausschuss am 11. Juli 2023.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Ich glaube, im Grunde kann man es kurz machen. An der Stelle muss man fast schon loben, nach dem Reallabor im Sommer letzten Jahres kommt etwas weniger als ein Jahr später zumindest ein Teil, ein erster oder ein zweiter Schritt der Umsetzung. Manchmal würde man sich solch schnelle Verwaltungsprozesse häufiger wünschen. Andererseits ist es jetzt auch nicht so super flott, aber ich glaube, wenn wir das bei allen Konzepten hätten, dann könnten wir damit auch sehr gut leben. An der Stelle ist es die

formale Möglichkeit des Gemeinderats, diese Fläche teilweise einzuziehen und umzuwidmen, um sie für einen anderen Zweck zu widmen, nämlich für den Zweck, der sich für den Passagehof als deutlich geeigneter herauskristallisiert hat, nämlich den Zweck des Aufenthalts, eine Fußgängerzone dort einzurichten, die natürlich mit allen Ausnahmen für Lieferverkehr etc. dann auch versehen ist, damit der KFZ-Verkehr auf das Notwendigste beschränkt wird, der Durchgangsverkehr auf das Notwendigste beschränkt wird und dieser Hof, der lange in der Diskussion war, endlich wieder ein bisschen stärker in Erscheinung treten und damit auch ein positives Beispiel für andere Höfe in der Stadt sein kann.

Es gab durchaus einmal ein Konzept für die Karlsruher Höfe, das noch nicht so ganz geerntet hat. Vielleicht ist es irgendwann an der Zeit, es wieder aufzugreifen, aber zu diesem formalen Beschluss unsere Zustimmung.

Stadtrat Pfannkuch (CDU): Der Kollege Löffler vereinfacht vieles jetzt gerade, aber wir sind uns in der Zielrichtung insoweit einig, dass der ÖRMI-Prozess einen Vorschlag gebracht hat, der in diesem Fall wirklich eine große Übereinstimmung gebracht hat. Das war ein klares Bekenntnis für eine Fußgängerzone. Insofern haben wir eine sehr gute Diskussion geführt, die nicht ganz mit der Zustimmung der GRÜNEN einherging, und dass das jetzt so klappt und dass wir da eine echte Fußgängerzone daraus machen, das finde ich einen ganz großen Gewinn. Denn wir alle sind überzeugt, dass die Stadtraumqualität an dieser Stelle wirklich gewinnen kann, wenn wir die Verkehre herausnehmen, die Konflikte bringen. Das ist auch der Fahrradverkehr, und das ist eingesehen worden. Von daher glaube ich, ist das eine sehr gute Entwicklung, die wir gerne verfolgen.

Aber eines muss man auch sehen, und das ist im Hinterkopf einer CDU-Fraktion und muss es auch bleiben, dass die Gewerbetreibenden dort weiterhin Geld verdienen können. Ohne das geht es nicht. Das wird auch den Platz nicht beleben, wenn dort die Geschäfte gar nicht funktionierten oder florierten. Von daher haben wir nie eingesehen und einsehen können, warum man die Zeiten, in denen Anliegerverkehr möglich ist, so eng gefasst hat, wie sie nun in dieser Vorlage gefasst sind. Herr Oberbürgermeister, vor dem Hintergrund bitten wir, getrennt abzustimmen, denn wir wollen nicht mittragen, dass die Zeiten so eng gefasst sind, weil sie die Gewerbetreibenden faktisch behindern. Das ist uns zurückgespiegelt worden von nicht nur einer, sondern von vielen Stimmen aus diesem Bereich. Ich glaube, hier wäre eine gute Möglichkeit gewesen, Einvernehmen für alle zu erzielen, wenn man sich an die Zeiten gehalten hätte, auch in der Vorlage, die dann in der praktischen Anwendung des Labors durchgeführt wurden. Die haben sich wohlbewährt, und das wäre ein Kompromiss. Wir verstehen nicht, warum man es darauf nicht hinlenken können.

Stadtrat Zeh (SPD): Auch wenn das Reallabor schon ein Jahr rum ist, ist die Belegung im Passagehof nach wie vor zu spüren. Diese Holzbühne wird nach wie vor genutzt, die hier vorhanden ist. Ich glaube, wenn im Herbst dann der Jazzclub im Bereich der Kinemathek öffnet oder auch der Monninger endlich wieder aufmacht, direkt am Eck und dort auch den Biergarten zum Passagehof hat, wird es eine wirkliche Belegung des ganzen Hofes geben. Auch die großen Bäume sind weitere positive Bestandteil.

Es geht hier wohl der CDU um den Lieferverkehr, aber wir meinen, es sollen in Karlsruhe überall die gleichen Lieferverkehrszeiten gelten. In der Kaiserstraße kann bis 11:00 Uhr geliefert werden. Auch bei der Karlstraße und der Erbprinzenstraße geht es nur bis 11:00 Uhr, weil danach in der Mittagszeit die Belegung gerade an dieser Engstelle sehr

deutlich mit Fußgänger da sein wird und auch den Lieferverkehr eher stört. Deshalb sollten in Karlsruhe einheitliche Zeiten für Lieferverkehre in Fußgängerzonen sein. Daher bleiben wir bei 11:00 Uhr als Schluss für den Lieferverkehr.

Stadtrat Høyem (FDP): Ich denke, dass Ministerpräsident Kretschmann Recht hat, wenn er meint, dass die GRÜNEN - seine GRÜNEN - sehr oft alte Feindbilder bekämpfen. Ich denke, eigentlich hat auch Finanzminister Bayaz Recht, dass sich die GRÜNEN auch mit Autos versöhnen müssen. Aber gerade hier haben die Autos nichts zu suchen. Deshalb sind wir übereins, was hier passiert. Wir müssen auch sagen, die größte und stärkste Lobbygruppe in Karlsruhe sind klar die Radfahrer. Wir haben für die Fußgänger absolut keine Lobbygruppe. Hier muss man sagen, in Zukunft wird der größte Konflikt nicht zwischen Autos und Radfahrern sein, sondern zwischen Radfahrern und Fußgängern. In dem Fußgängerbereich haben die Radfahrer nichts zu suchen, auch nicht in der Kaiserstraße und auch nicht auf dem Marktplatz. Hier finden wir einen ersten Schritt, das ist sehr gut, dass die Fußgänger endlich ein bisschen Recht, ein bisschen Platz bekommen haben. Deshalb stimmen wir dem zu. Aber wir wollen auch gerne mit der CDU die getrennte Abstimmung haben.

Stadträtin Lorenz (FDP): Zunächst muss ich feststellen, dass anhand der leicht hitzigen Debatte zum vorangegangenen Tagesordnungspunkt um die LEA und das Grundstück jetzt doch eine neue Klassifizierung der Verwaltung in flott und super flott erfolgt ist. Also das muss man auch einmal positiv bewerten, hier in diesem Raum, herzlichen Glückwunsch.

Zum Passagenhof, ich glaube, es war die große Mehrheit des Gemeinderats für die Umwidmung. Letztendlich ist es heute die logische Konsequenz, was wir tun. Nichtsdestotrotz haben auch wir uns damals dafür ausgesprochen, dass die Anlieferungszeiten so, wie im Feldversuch, nicht verkürzt werden. Ich kann auch Ihre Argumentation verstehen, dass Sie sagen, es ist eine Fußgängerzone, und da sollte es einheitlich sein. Die Frage ist, warum kann man da nicht eine Ausnahme machen? Wenn Sie morgens zum Passagenhof unterwegs sind, dann werden Sie feststellen, dass da noch nicht der Bär tobt, dass eigentlich der späte Nachmittag und der Abend eher die Zeit ist, wo der Hof gut frequentiert wird. Daher sehen wir eigentlich auch kein Problem, wenn wir die Anlieferungszeiten für die Gewerbetreibenden verlängern. Es muss nicht in Stein gemeißelt sein. Wenn wir feststellen, es ist nichts, dann können wir das noch einmal beraten.

Wir würden uns der CDU anschließen und würden auch um getrennte Abstimmung bitten.

Stadtrat Schnell (AfD): Also vom grundsätzlichen Konzept, so wie das im Reallabor war, stimmen wir dem Ganzen auch vollständig zu. Das Thema bleibt aber der Zulieferverkehr, der im Reallabor bis 14:00 Uhr war und jetzt auf den Bereich bis 11:00 Uhr begrenzt werden soll. Deshalb stellen wir einen Änderungsantrag, die Lieferzeiten von 8:00 bis 14:00 Uhr zu erweitern, so wie es im Reallabor auch war. Wenn das nicht durchgeht, bitten wir ebenfalls um getrennte Abstimmung.

Stadträtin Fenrich (pl): Im Grundsatz bin ich auch sehr froh, dass das Reallabor zu diesem Ende geführt hat. Das ist sehr positiv, das ging auch sehr schnell. Das ist eine wunderbare Sache für die Bürger, denn es ist ein Platz, wo man sich dann auch gerne aufhält, wo man sitzen kann, wo man etwas trinken kann, essen kann oder auch nur so sich verweilen kann.

Was mich jetzt an sich ein bisschen irritiert hat, ist die Aussage vom Herrn Kollegen Pfannkuch wegen der Anlieferzeit. Ich kann mich noch gut erinnern, wir haben seinerzeit oft darüber diskutiert und ich war genauso der Meinung, dass man die Anlieferzeiten erweitern sollte. Was mich jetzt aber wirklich irritiert, ist, die Teileinziehungsabsicht wurde veröffentlicht, und nach dieser Veröffentlichung gab es nur eine Einwendung. Das war die Einwendung, dass Radfahrer da weiter durchfahren sollten, was die Stadt nicht gemacht hat. Das ist soweit in Ordnung, dass die Fußgänger da freie Bahn haben. Ich wollte jetzt eigentlich ehrlich gesagt einmal wissen, weil jetzt auch von anderer Seite befürwortet wird, dass man getrennt abstimmt: Sind die Geschäftsinhaber denn wirklich unglücklich über die Anlieferzeiten, die begrenzt sind von 8:00 bis 11:00 Uhr? Weil sonst hätten die sich ja gemeldet. Also ich bin jetzt ehrlich gesagt irritiert. Ich weiß es nicht, wie Sie jetzt dazu kommen, dass die Ladeninhaber jetzt doch darauf drängen, dass der Lieferverkehr erweitert wird.

Der Vorsitzende: Ich kann es Ihnen auch nicht erklären, Frau Stadträtin. Ich habe den Eindruck, dass alle Dinge, die man im Hauptausschuss zum Teil klären könnte, jetzt zunehmend hier in den Gemeinderat schwappen und möchte einfach auf diese schwierige Entwicklung hinweisen. Das ist das Erste.

Jetzt habe ich einen Änderungsantrag. Ich habe eine Bitte um getrennte Abstimmung, das machen wir natürlich. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass die Anlieferung auch in der Fußgängerzone nur bis 11:00 Uhr ist. Wenn Sie es jetzt im Passagehof bis 14:00 Uhr machen, ist doch klar, was dann die nächste Forderung sein wird. Insofern würde ich es gerne stadtweit einvernehmlich regeln und das, finde ich, reicht mir als Argumentation völlig aus, unabhängig davon, was während des Reallabors für eine Zeit vorgesehen war oder nicht.

Stadtrat Hofmann (CDU): Entschuldigung, ich weiß jetzt nicht, was die Debatte gerade sollte, denn wir hatten es das letzte Mal schon. Wir hatten es schon einmal eingebracht. Wir haben dann die Abstimmung verloren, und deswegen bitten wir jetzt um getrennte Abstimmung. Ich denke, es ist auch genau das Gleiche wie dieser Änderungsantrag. Von daher braucht man den meiner Ansicht nach überhaupt nicht, sondern es reicht eigentlich eine getrennte Abstimmung, weil es genau das Gleiche ist.

Der Vorsitzende: Na ja, ein Änderungsantrag könnte etwas verändern. Eine getrennte Abstimmung führt zu Ablehnung oder Zustimmung. Insofern ist es schon etwas anderes. Meine Bemerkung bezog sich jetzt gar nicht darauf, dass Sie das getrennt abstimmen lassen wollen. Die Position kennen wir ja.

Stadtrat Löffler (GRÜNE): Wenn das getrennt abgestimmt wird und der zweite Punkt abgelehnt werden sollte, also der Lieferverkehr frei zwischen 8:00 und 11:00 Uhr, dann ist überhaupt kein Lieferverkehr dort im Passagehof erlaubt. Das würde ich vielleicht der CDU noch einmal mit zu überdenken geben, welche Konsequenz ein bestimmtes Abstimmungsverhalten hat.

Stadtrat Hofmann (CDU): Da hat der Herr Löffler Recht in diesem Fall, also stellen wir natürlich dann den Änderungsantrag, dass wir die Zeiten, so hatten wir es auch begründet, genauso wie beim Reallabor wollen.

Der Vorsitzende: Gut, also wir haben zwei identische Änderungsanträge, nämlich unter der Ziffer 2, werktags von 8:00 bis 14:00 Uhr, statt, wie es jetzt vorgesehen ist, 8:00 bis 11:00 Uhr.

(Zurufe)

Wir machen jetzt die Abstimmung, würde ich sagen. Entschuldigung, aber ich glaube, dass wir da jetzt nicht weiterkommen.

(Unruhe)

Wir machen jetzt diesen Änderungsantrag. Der steht jetzt zur Abstimmung, und ich bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Also, es ist eine mehrheitliche Ablehnung.

Dann war die Bitte um getrennte Abstimmung. Also wenn der Antrag auf getrennte Abstimmung aufrechterhalten wird, dann machen wir das jetzt so. Das kam auch von der AfD-Gruppe.

Ich rufe die Ziffer 1 der unveränderten Vorlage der Stadtverwaltung zur Abstimmung und bitte um Ihr Votum ab jetzt. – Das ist einstimmig.

Dann rufe ich die Ziffer 2 auf, in der unveränderten Weise, und bitte um das Votum ab jetzt. – Das ist eine mehrheitliche Zustimmung.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin:

Hauptamt - Ratsangelegenheiten –
2. August 2023